

© Rhein-Neckar-Zeitung

## Heidelberg soll höher werden

CDU will größere Offenheit für bauliche Nachverdichtung erreichen – Wirtschaftsministerin: „Ich kann nur dafür werben“

Von Sören S. Sgries

Für eine nette Gesprächsrunde im „Expertenkreis“ beendet Karl Lamers das Treffen überraschend energisch. „Ich sage Ihnen zu, dass wir hier scharf einsteigen in Heidelberg, dass sich der Wind ändert“, donnert der CDU-Bundestagsabgeordnete. „Nein, ein Politiker nimmt nicht einfach Mehrheiten und Strömungen hin“, kündigt er eine „Kampagne“ an.

Zwei Stunden Diskussion liegen da hinter der Gruppe, die sich im Konferenzraum der GGH, der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz, getroffen hat. Zwei Stunden, in denen auch Landes-Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) einige spezielle Nöte des lokalen Bau- und Wohnungsmarktes präsentiert wurden.

Dabei hatte der „Wohnungspolitische Dialog“, zu dem Lamers gerufen hatte, entspannt begonnen. Viele CDU-Parteifreunde waren der Einladung gefolgt und hörten nickend der Aufzählung von Unions-Leistungen und -Plänen zu. Mehr neue Wohnungen und mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau habe man bereits geliefert, so Wahlkämpfer Lamers. Eine weitere Steigerung werde folgen. Auch Baukindergeld und Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer für Familien versprach er für die kommende Legislatur.

Anschließend schmeichelte Hoffmeister-Kraut ein wenig der „royalen Stadt“ Heidelberg – und lobte die großen Entwicklungspotenziale. „Sie haben große Möglichkeiten, hier stadtplanerisch zu gestalten“, so die 44-Jährige. Vor allem die Konversionsflächen hatte sie im Blick.

Eine Chance, die Stadtrat Matthias Kutsch nutzte, um für die Freigabe des Patrick Henry Village zu werben. Das Flüchtlingszentrum könne nicht bleiben. „Für uns ist wichtig, dass wir da Planungssicherheit bekommen“, forderte er. Ab April 2018 müsse der neue Stadtteil entwickelt werden können. Der Heidelberger CDU-Chef Alexander Föhr warnte, die Konversion biete gute Potenziale – „aber wir wissen, es reicht nicht aus“. Hoffmeister-Kraut empfiehlt dazu innerstädtische Nachverdichtung. Sagt gar: „Ich kann nur dafür werben, auch in die Höhe zu gehen. Das ist dringend nötig.“ Ein wunder Punkt.

„Mit vielem rennen Sie hier bei uns offene Türen ein – bei der Mehrheit im Gemeinderat aber nicht“, grummelte CDU-Fraktionschef Jan Gradel. Wo immer gebaut werden solle, werde erbittert um jeden einzelnen Baum gekämpft. Sinnvolle Aufstockungen würden von der Gemeinderatsmehrheit regelmäßig abgelehnt, blickte er bitter etwa auf die Entwicklung der Kurfürstenanlage.

Eine schwierige Vorlage. „Wir haben gewisse Regelungen und Rechte, über die wir uns nicht hinwegsetzen wollen“, gab die Ministerin zurück. Ließ aber deutlich ihre Sympathien dafür erkennen, dass man auf einen Bewusstseinswandel in der Stadt hinarbeiten müsse. Gegen Wohnungsmangel komme man schließlich nicht an, wenn man Baumaßnahmen ausbremse. Eine Idee, die Lamers schließlich für seine „Kampagnen“-Ankündigung aufgreift.

Neben den eindeutig kommunalen Aspekten gab es auch noch ein paar allgemeinere Botschaften in Richtung Stuttgart. So forderte GGH-Geschäftsführer Peter Bresinski weniger Vorschriften bei der energetischen Sanierung. Immer teurer werde diese, ohne weiteren Nutzen zu bringen. Auch Markus Böll, Schriesheimer Bauunternehmer und Präsident des Verbands

Bauwirtschaft Nordbaden, wünschte: „Packen Sie dem Bau nicht noch mehr oben auf.“ Die Entschlackung der Landesbauordnung: Das ist weiterhin Thema. Und Hoffmeister-Kraut verspricht deren Novellierung „mit dem klaren Ziel, Kosten zu senken. Sonst müssen wir da nicht ran“.

Wobei Branchenvertreter auch zugeben mussten, aus recht komfortabler Position zu jammern. Wie brachte es Immobilienentwickler Hans-Jörg Kraus doch auf den Punkt: „Aus wirtschaftlicher Sicht profitieren wir sehr von der aktuellen Preissteigerung. Aus sozialer Sicht und als Heidelberger bedauere ich das enorm.“

---

Heidelberger Nachrichten vom Freitag, 11. August 2017, Seite 5